

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.05.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:45 Uhr
Sitzungsort: Sozialraum des Bau- und Entsorgungsbetriebes

Anwesend:

Vorsitzender
Slieter, Ihno

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine für Horst Götze
Davids, Walter
Gosciniak, Heinz

CDU-Fraktion
Odinga, Hinrich

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat
Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard für Wilfried Graf

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Domnik, Sven
Filchner, Rosemarie

von der Verwaltung
Andersson, Nils
Rogga, Frank
Buß, Herbert
Docter, Andreas Stadtbaurat ab 17:25 Uhr
Heinks, Friedrich
Helbig, Hendrik
Holtz, Torsten
Lutz, Martin Erster Stadtrat für Andreas Docter

Protokollführung
Oltrop, Nantke

Gäste
zwei Vertreter der Presse

Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Slieter eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig sei.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 16.04.2008, öffentlicher Teil

Die Niederschrift Nr. 11, öffentlicher Teil, wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner erschienen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N zum Eigenbetrieb

TOP 5 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung
Vorlage: 15/0513

Herr Rogga verweist auf die Begründung der Vorlage. Der Kostenrechner des BEEs habe die Durchschnittsgebühr für Anlieferungen unter 200 kg ermittelt. Diese Gebühren sollten beschlossen werden.

Herr Andersson betont, die Satzungsänderung müsse wegen der Eichgrenzen erfolgen. Die Waage sei ab 200 kg geeicht. Die Pauschalen müssten eingeführt werden, um die angelieferten Müllmengen rechtssicher zu verwiegen. Der BEE habe die Möglichkeit, entweder Pauschalen einzuführen oder eine neue Waage anzuschaffen. Die letztgenannte Alternative sei aber unverhältnismäßig.

Herr Lutz ergänzt, der Bürger werde durch die Einführung der Pauschalen letztendlich nicht schlechter gestellt. Wenn 199 kg angeliefert würden, sei der Preis pro Kilogramm sehr gering.

Herr Slieter hebt hervor, dass sich die Preise für die Anlieferung mit PKW nicht ändern würden.

Herr Renken findet es positiv, dass der Preis für die Anlieferung mit PKW in Höhe von 15,00 € nicht verändert wird. Er wolle sich erkundigen, wie die Verwiegung verlaufe. Nach seinem Verständnis müssten die betroffenen Fahrzeuge vor der Fahrt auf die Umladestation und nach der Entsorgung des Mülls verwogen werden. Wenn die Waage einen Unterschied von weniger als 200 kg anzeigen würde, müsse die Pauschale gezahlt werden, bei einer Differenz von mehr als 200 kg richte sich die Höhe der Gebühr nach dem Gewicht der entsorgten Abfälle.

Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb

Für ihn stelle sich die Frage, wie die Gebühr zustande gekommen sei, sie betrage schließlich 1/9 des Tonnenpreises.

Herr Andersson bestätigt den von Herrn Renken geschilderten Ablauf der Verwiegung.

Bezüglich der Frage von Herrn Renken erklärt **Herr Andersson**, bei der Ermittlung der Gebühren seien alle Wiegungen unter 200 kg aus dem Vorjahr ermittelt worden. Dann sei daraus der Durchschnittswert gebildet worden. So habe sich die Gebühr von 20,00 € ergeben.

Herr Hoofdmann macht darauf aufmerksam, dass die Gebühr von 20,00 € für Personen, die einen Anhänger hätten, positiv sei. Bei einer Anlieferung mit dem PKW müssten 15,00 € gezahlt werden. Für 5,00 € mehr könne gegebenenfalls die Anlieferung mit dem Anhänger erfolgen, der PKW werde dann nicht eingesaut.

Herr Renken hebt hervor, dass die Auswirkungen der Änderungen unterschiedlich seien. Anlieferungen mit einem Gewicht etwas über 200 kg würden 45,00 € kosten, wer knapp unter dieser Grenze liege habe dagegen Glück.

Beschluss:

Der Rat beschließt die der Vorlage 15/0513 als Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Emden (Abwasserbeseitigungsabgabensatzung)
Vorlage: 15/0666

Herr Andersson verweist auf den Vortrag von Herrn Poitz in der Sitzung des Werksausschusses am 16.04.2008. Zwischenzeitlich sei die Kalkulation auch in den Fraktionen vorgestellt worden. Hier solle erneut die Diskussion erfolgen und dann über die Vorlage entschieden werden.

Herr Odinga spricht sich für die Gebührenanpassung aus. Dem Bürger müssten die Änderungen aber vermittelt werden. So müsse dargelegt werden, dass die Gebühren seit 10 Jahren trotz der gestiegenen Kosten stabil gewesen seien. Daneben seien zum Beispiel hohe Kosten für das Beheben von Schäden oder die Beseitigung der Geruchsbelästigungen angefallen. Die Änderung der Gebühren sei gerechtfertigt.

Herr Renken betont, die Durchführung der Kalkulation sei erforderlich gewesen. Positiv sei, dass eine gerechtere Grundlage für die Aufteilung der Schmutzwasser- und der Niederschlagswassergebühren geschaffen werde. Auch die Herabsetzung des Zinssatzes für die Eigenkapitalverzinsung sei positiv. Dies sei bisher der Hauptkritikpunkt seinerseits gewesen. Das Problem habe aber nicht beim BEE, sondern bei der Kernverwaltung gelegen. Seine Fraktion habe intensiv über die hohe Eigenkapitalverzinsung der Vorjahre diskutiert, die auch von den Wirtschaftsprüfern und Herrn Poitz angesprochen worden sei. Die Änderung der Verzinsung wirke sich nur für die Zukunft aus. Fairer wäre es gewesen, auch eine Lösung für die Vergangenheit zu finden und als Stadtverwaltung Verantwortung zu übernehmen. So könnten 100.000 €/Jahr für die letzten drei Jahre nachträglich berücksichtigt werden. Wie das konkret umgesetzt werden könne, wisse er nicht. Wegen dieses Problems sei noch offen, wie sich seine Fraktion bei der

Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb

Ratssitzung entscheide. Die anderen Fraktionen könnten diesen Punkt eventuell auch noch mal zum Anlass nehmen, um erneut über die Gebührenänderung nachzudenken.

Herr Koziolk erkundigt sich, wie sich der progressiv gestaltete Anstieg der Gebühren bei Gaststätten und für mittelständische Betriebe auswirkt.

Herr Lutz antwortet, die Auswirkungen der Gebührenänderungen seien von der versiegelten Fläche und dem Verbrauch abhängig. Gaststätten mit einem großen Wasserverbrauch seien stärker betroffen, während Betriebe mit vielen Parkplätzen stärker von der Änderung der Niederschlagswassergebühr profitieren würden. Das gelte auch für das Handwerk und kleine Betriebe. Von daher könnten die Auswirkungen auf die Betriebe nicht dargestellt werden.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Renken über die Defizite aus den Vorjahren verweise er darauf, dass die Abgaben nach dem NKAG kostendeckend für die kommunalen Betriebe erhoben werden müssten. Ursache für das Minus sei gewesen, dass die Kostensteigerungen der vergangenen Jahre ohne Anpassung der Gebühren aufgefangen werden sollten. Dies sei dem Bau- und Entsorgungsbetrieb auch sehr gut gelungen. Die Stadt sei ihrer Verantwortung gerecht geworden.

Die Eigenkapitalverzinsung sei keine Größe die einfach verschoben werden könne, um die Gebühren anzupassen. Nach der NGO müssten die Werte, die die Verwaltung in einen Betrieb eingebracht habe, verzinst werden. Diese Werte seien teilweise über Darlehen finanziert worden. Die letzte Gebührenkalkulation sei mit dem damaligen Zinssatz in Ordnung gewesen. Durch eine Änderung der Zinssätze an den Kapitalmärkten sei sie nicht im Nachhinein rechtswidrig geworden. Wenn er mit dem Kapital von mehr als 90.000.000 Euro an die Kapitalmärkte gegangen wäre, hätte er auch einen wesentlich höheren Zinssatz als ein Bürger erhalten. Der Zinssatz unterliege nicht der Beliebigkeit. Bei einer Gebührenkalkulation werde immer der jeweils aktuelle Zinssatz berücksichtigt.

Herr Renken verweist auf die Diskussionen, die seit dem Jahr 2005 bereits geführt worden sind. Er wolle diese Diskussionen nicht neu entfachen. Eine Haushaltskonsolidierung über die Gebühren dürfe aber nicht erfolgen. Er könne ebenfalls Teile aus dem NKAG zitieren. Eventuell werde er dieses Thema im Rat ansprechen.

Herr Lutz betont, die Stadt habe 2,4 Mio. Euro in den Tarifhaushalt des BEEs gesteckt, zwischen der Verwaltung und dem BEE bestehe also ein Geben und Nehmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. Im Ergebnis der Gebührenkalkulation für den Zeitrahmen vom 01.07.2008-2010 der zentralen Schmutzwassergebühr und der Niederschlagswassergebühr mit Nachkalkulation der Jahre 2005-2007 werden folgende kostendeckende Gebührensätze festgesetzt:

- Schmutzwassergebühr	ab 01.07.08: 2,87 €/m ³	ab 01.01.2010: 2,96 €/m ³
- Niederschlagswassergebühr	ab 01.07.08: 0,37 €/m ²	ab 01.01.2010: 0,39 €/m ²
2. Der Bau- und Entsorgungsbetrieb (Eigenbetrieb) übernimmt mit Wirkung vom 01.07.2008 Darlehensverträge der Stadt Emden im Gesamtumfang von 23.401.096,10 €
3. Die Eigenkapitalverzinsung wird auf 5,5 % festgesetzt.

Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb

4. Die der Vorlage 15/0666 als Anlage 1 beigelegte 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Emden (Abwasserbeseitigungsabgabensatzung).

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters zum Eigenbetrieb

Herr Holtz teilt mit, bei der Weizenmühle befinde sich ein Pumpwerk, das bereits seit längerer Zeit Schäden aufweise. Wegen der Arbeiten für das Herrentorviertel sollten die Schäden behoben werden. Des Weiteren stünde dort eine Eiche auf den Schmutzwasserleitungen. Es sei geprüft worden, ob es möglich sei, den Baum zu erhalten. Das Ergebnis sei jedoch negativ. Der Baum müsse dringend gefällt werden. Es werde eine Ersatzpflanzung vorgenommen.

Darüber hinaus habe die Untersuchung der Anschlüsse im Herrentorviertel bereits gezeigt, dass mehrere Falschanschlüsse vorliegen würden. Sobald Endergebnisse vorlägen, würden diese im Ausschuss vorgestellt.

TOP 8 Anfragen zum Eigenbetrieb

1. Abwasserbeseitigung Marienwehr

Herr Gosziniak verweist auf die Entwässerung in Marienwehr. Der Betreiber der Sammelkläranlage kümmere sich nicht mehr weiter um die Anlage. Nun müssten die Anwohner innerhalb von zwei Monaten klären, wie die Entwässerung zukünftig durchgeführt werde. Er bitte um Information was hier passieren solle.

Herr Andersson sagt, der BEE sei in Marienwehr nicht abwasserbeseitigungspflichtig. Das heiße, die Anwohner müssten sich selber um die Entwässerung kümmern, zum Beispiel durch den Einbau einer eigenen Kleinkläranlagen mit biologischer Reinigung. Vor 10 Jahren habe die untere Wasserbehörde die Eigentümer der betroffenen Grundstücke aufgefordert, entsprechende Anlagen zu errichten. Einer sei bereit gewesen, die jetzt existierende Anlage für die Anlieger zu bauen. Die Anlieger sollten prüfen wie die vertraglichen Regelungen seien und gegebenenfalls einen Nachfolger für den Betreiber der Kleinkläranlage finden. Die Anlage müsse regelmäßig gewartet werden, derzeit liege sie brach. Eventuell seien die Werte nicht mehr in Ordnung. Dann lägen eventuell Straftatbestände vor. Deswegen müsse die untere Wasserbehörde tätig werden. Die Anlieger müssten entweder einzelne Lösungen finden oder eine Einigung erzielen. Der Bau- und Entsorgungsbetrieb könne beratend zur Seite stehen, sei aber – wie bereits gesagt – nicht verantwortlich.

Herr Docter ergänzt, der bisherige Dienstleister sei verstorben.

Herr Andersson betont, es sei die Eigeninitiative der Eigentümer gefordert, die Maßnahme sei aber auch mit Kosten verbunden.

2. Verteilung von blauen 120-l-Tonnen

Herr Koziolk sagt, nach seiner Information würden in der Geibelstraße noch blaue Tonnen fehlen.

Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb

Herr Andersson erklärt, blaue Tonnen seien nachgeordert worden. Wegen des großen Bedarfs sei der Lieferzeitraum jedoch sehr lang. Voraussichtlich werde die AWE in der nächsten Woche 120-l-Tonnen erhalten. Auch große Tonnen seien nachbestellt. Da bei der Einführung der blauen Tonnen nicht bekannt gewesen sei, wie hoch der Anschlussgrad werden würde, sei zunächst nur eine bestimmte Anzahl Tonnen bestellt worden. Damit hätte vermieden werden sollen, dass auf dem Betriebsgelände des BEEs im Zweifel eine hohe Anzahl von Tonnen stehen würde. Die Verwaltung sei überrascht gewesen, wie hoch der Anschlussgrad letztendlich sei.

Herr Gosziniak möchte wissen, ob der Bedarf an kleinen Tonnen durch die nächste Lieferung gedeckt werde.

Herr Andersson meint, derzeit lägen Bestellungen für 500 Tonnen vor, die AWE habe 700 Stück bestellt. Von daher müsse der Bedarf gedeckt werden.

3. Hundekot bei der Erlöserkirche (Liekeweg – Pinienstraße)

Herr Koziolk sagt, in dem genannten Bereich liege viel Hundekot, Bürger hätten sich auch über Geruchsbelästigungen beschwert.

Herr Anderson erklärt, leider würden Grünanlagen immer wieder als Hundeklo missbraucht. Dieses Dilemma sei auch beim Wall diskutiert worden. Derzeit sei keine Lösung sichtbar.

Herr Lutz macht darauf aufmerksam, dass die Stadt kostenlose Tüten anbiete, die für die Entsorgung des Kots genutzt werden könnten. Eigentümer von Hunden könnten sich nicht auf die Hundesteuer berufen und damit begründen, dass die Tiere im öffentlichen Gelände abkoten würden. In die Öffentlichkeit müsse von daher die Aufforderung transportiert werden, dass jeder den Kot seines Hundes selber zu entsorgen habe.

4. Verschmutzungen beim Schwanenteich

Herr Davids erkundigt sich über den Sachstand bezüglich der Verschmutzungen am Schwanenteich.

Herr Andersson teilt mit, derzeit werde in der Verwaltung diskutiert wie das Problem behoben werden könne. An dieser Diskussion werde auch der Fachdienst Öffentliche Sicherheit und Straßenverkehr beteiligt. Der Reinigungsaufwand sei derzeit immens.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters zum Baubetrieb

1. Pappeln am Frisiadeich

Herr Helbig teilt mit, am Schlafdeich (Frisiadeich) stünden circa 130 Pappeln, die sich in einem sehr schlechten Zustand befänden. Die Bäume wiesen Abbrüche, Totholz, kaputte Äste, Pilzbefall und so weiter auf. Es sei nicht möglich, die Reihe zu erhalten. Um die Verkehrssicherheit zukünftig gewährleisten zu können müssten 27-30 Bäume unverzüglich gefällt werden. Ersatzpflanzungen würden vorgenommen werden obwohl die Bäume nicht von der Baumschutzsatzung erfasst würden.

Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb

Herr Odinga bestätigt den schlechten Zustand der Bäume. Zwischen den Bäumen seien Walnussbäume gepflanzt, die auch Früchte tragen würden. Viele Bürger würden diese Früchte sammeln. Er bitte darum, die Walnussbäume möglichst stehen zu lassen.

Herr Helbig sagt, die Pappeln seien damals nicht auf den Stock gesetzt worden, von daher hätten die Walnussbäume nicht so gut wachsen können. Es werde versucht werden, die Pflanzen zu erhalten.

Herr Renken lobt, dass Ersatzpflanzungen durchgeführt werden sollen. Auch in der Nesserlander Straße seien Ersatzpflanzungen erfolgt. Dies sei insbesondere mit den damit verbundenen Kosten positiv.

2. Straßenbaumaßnahmen

Herr Buß teilt mit, dass folgende Maßnahmen in Kürze umgesetzt werden sollten:

- Unionstraße: Mitte nächster Woche werde mit dem Endausbau begonnen.
- G8 Wybelsum: Mit dem Endausbau werde Anfang nächster Woche begonnen. Hier hätte noch die Dorferneuerung abgewartet werden sollen.
- Am 24.05.08 werde in der Oldersumer Straße der rote Asphalt eingebaut. Damit werde die Fahrradstraße fertiggestellt.

TOP 10 Anfragen zum Baubetrieb

1. Straßenschäden

Herr Koziolk sagt, im Kastanienweg, in Höhe der Hausnummern 5-9, werde der Gehweg bei starkem Regen überschwemmt. Das gleiche Problem bestehe seit den Kanalarbeiten auch im Spiekerburger Weg.

Herr Andersson sagt eine Prüfung dieser Hinweise zu.

2. Osterburgschule

Herr Koziolk bittet darum, einen Einsatz an der Mauer bei der Schule zu entfernen, damit die LKW einen größeren Aktionsradius erhalten.

Herr Andersson sagt, der Hinweis werde an das Gebäudemanagement weitergeleitet.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.